



Sachstandsmitteilung Nr.:	020/2025	Datum:	15.01.2025
Beratungsart:	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Beratungsfolge			
Nr.		Stadtvertretung / Fachausschuss	Sitzungstag
1		Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur	
2		Bildungsausschuss	
3		Ausschuss für Umwelt und Verkehr	
4		Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauwesen	
5	X	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, öffentliche Sicherheit und Digitalisierung	21.01.2025
6		Hauptausschuss	
7		Stadtvertretung	

nachrichtlich: Junger Rat

Schluss- und Mitzeichnungen			
gez. Th. Haß	gez. Hansen	gez. Brade	
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

1. TOP: Notfallinformationspunkte

2. Sachstand:

Im Rahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes richtet das Land sogenannte Notfallinformationspunkte ein. Diese Aufgabe ist auf die Kreise delegiert, welche zwei von drei Notfallinformationspunkten finanziell übernimmt. Die dritte Art von Notfallinformationspunkten sollen die Gemeinden vor Ort einrichten und finanzieren.

In Schwentimental sollen alle drei Arten von Notfallinformationspunkten eingerichtet werden, so der Wunsch und die Idee des Kreises.

Die Notfallinformationspunkte sollen ab der Schwelle der Großschadenslagen aktiviert werden und unterschiedliche Bedarfe erfüllen.

Die drei Notfallinformationspunkte (NIP) stellen sich wie folgt dar:

1. NIP C

Der NIP C ist der kleinste Notfallinformationspunkt. Dieser stellt die Grundfunktionen eines NIP dar. Diese beschränken sich auf die Information der Bürger (z.B. durch Aushänge) und das Absetzen von Notrufen. Der Kreis definiert, dass dazu ein Raum und ein Lagerraum benötigt werden.

2. NIP B:

Der NIP B ist die mittlere Größe. Zusätzlich zu den Funktionen des NIP C sollen hier Geräte aller Art, mit Schwerpunkt auf medizinische Geräte, geladen werden können. Der Kreis stellt sich vor, dass hier zwei Räume, ein Empfangsbereich und ein Lagerraum benötigt werden.

3. NIP A:

Der NIP A ist der größte NIP. Er vereint die beiden vorangegangenen NIP und beherbergt zusätzlich eine Arztpraxis. Diese Arztpraxis soll im Notfall eingerichtet und betrieben werden. Der Kreis wünscht sich hierfür eine Schule, mindestens eine Grundschule.

Konkrete Vorgaben und Ideen wurden, in einer ersten Besprechung, vom Kreis noch nicht gegeben. Die genannten Mindestangaben sind alle Angaben die bisher gemacht wurden. Entsprechend können und sollen die Gemeinden schauen, wo und wie die NIP eingerichtet werden könnten und was sie an Möglichkeiten der Bereitstellung haben. Anhand der kurzen Beschreibungen wurde verwaltungsseitig überlegt die NIP aufeinander aufbauend zu gestalten. Eine Evaluation der Ortschaften erfolgt derzeit, inklusive einer Ausarbeitung und Antwort für den Kreis, welche Objekte überhaupt und in welchem Umfang zur Verfügung stehen könnten.

Für die NIP A und B sind Notstromeinspeisungen vorgesehen. Diese würde, sofern nicht vorhanden, der Kreis einbauen. Zudem übernimmt der Kreis alle Kosten für die NIP A und B. Die Einrichtung des NIP C obliegt der Stadt, inklusive der Kostentragung.

Alle drei NIP sind sinnvoll und ein deutlicher Mehrwert für die Stadt Schwentinental. Durch die Etablierung von allen dreien ist vom Notruf bis hin zur medizinischen Versorgung eine Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger vorhanden. Lediglich die Umsetzung stellt noch Fragen in den Raum.

Konkrete Größen und Bedarfe, außer die angeführten, wollte oder konnte der Kreis noch nicht beantworten.

Laut Vorstellung des Kreises soll die personelle Besetzung der NIP A und B durch den Kreis erfolgen und Personal der Stadt nicht notwendig sein. Dies schließt sich, aus Sicht der Stadtverwaltung schon dadurch aus, dass städtische Liegenschaften genutzt werden sollen. Der Zugriff und Zutritt ist durch Mitarbeitende der Kreisverwaltung oder durch Katastrophenschutzeinheiten nicht möglich ohne Personal der Stadtverwaltung zu gewährleisten.

Aus Sicht der Stadtverwaltung sind die angegebenen Raumbedarfe nicht ausreichend. So sollten z.B. auch WC-Anlagen für die Besetzung der NIP vorhanden sein. Daraus ergibt sich eine bausteinartige Zusammensetzung der NIP (siehe Skizze):

NIP C: Raum zur Aufnahme der Notrufe, Funkraum, Aufenthaltsraum Personal, WC Damen und WC Herren (in Skizze grün)

NIP B: wie NIP C + Geräteladerraum, Empfang (in Skizze gelb)

NIP A: wie NIP B + Aufnahme der Patienten, Wartezimmer, WC Damen und Herren für Patienten, 2 Behandlungsräume (in Skizze orange).

Letztendlich sind noch zahlreiche Fragen mit dem Kreis zu klären. Grundsätzlich besteht die Bereitschaft alle drei NIP einzurichten.

Für die Hintergründe und zu weiteren Informationen wurden als Anlage Material des Kreises und des Landes angefügt.

- Ende der Sachstandsmitteilung -

Leitfaden Anforderungen an Notfallinformationspunkte

1. Einleitung

Dieser Leitfaden soll der Auswahl von Räumlichkeiten in den Kommunen zur Nutzung als Notfallinformationspunkt (NIP) dienen. Die Angaben sind grundsätzlich als Mindestmaß zu verstehen, bei einer Unterschreitung ist eine Nutzung als NIP jedoch nicht generell ausgeschlossen. Es bedarf einer Betrachtung des Einzelfalls. Auf eine Nennung von Quadratmeterzahlen wurde verzichtet.

In der Informationsveranstaltung zu den NIP wurden zwei mögliche Varianten für die Umsetzung der NIP vorgestellt. Der Kreis Plön favorisiert folgende Variante: Für die NIP A und B übernimmt der Kreis die Kosten und die Ressourcenverantwortung und baut bei der Ertüchtigung auf die Unterstützung der Kommunen in Bezug auf die Auswahl geeigneter Räumlichkeiten. Bezüglich der NIP C wurde festgelegt, dass die Ämter, Städte und z.T. einzelne Gemeinden selbst die Einrichtung finanziell sowie auch personell übernehmen und der Kreis hierbei Empfehlungen für Mindestanforderungen ausspricht. Die Kosten konnten im Vergleich zur vorangegangenen Ankündigung aufgrund einer Ausstattungsänderung reduziert werden. Standorte werden seitens des Kreises nicht festgelegt - lediglich eine Mindestanzahl (ersichtlich aus 4.3.) von NIP C im Amts- bzw. Gemeindebereich. Eine Sammelbeschaffung von Netzersatzanlagen (NEA) ist bei Interesse ausreichender Anzahl an Ämtern und Kommunen von Seiten des Kreises Plön grundsätzlich zu den bekannten Bedingungen (keine Sonderausstattung, Beschaffung „von der Stange“) möglich.

Bei den Standorten der unterschiedlichen NIP kommt es zwangsläufig teilweise zur Dopplung von NIP unterschiedlicher Kategorien in derselben Kommune. Neben der Tatsache, dass die NIP sich gegenseitig entlasten können, ist noch wichtig zu bedenken, dass die NIP nicht alle zum selben Zeitpunkt aktiviert werden. Bei einer Großschadenslage in einem Teil des Kreisgebietes ist es möglich, lediglich ausgewählte NIP C zu öffnen. Im Falle eines kreisweiten Blackout würden die NIP von C nach A zu unterschiedlichen Zeitpunkten besetzt werden, hierfür wird die (voraussichtliche) Länge des Stromausfalles ein relevanter Faktor sein. Näheres wird nach der Einrichtung und Ausstattung der NIP in Form einer Verfahrensanweisung geregelt.

In der aktuellen Planung der unteren Katastrophenschutzbehörde sind u.a. die drei kreiseigenen Schulen in Heikendorf, Preetz und Lütjenburg sowie das Berufsbildungszentrum in Plön als NIP A angedacht.

Leitfaden Anforderungen an Notfallinformationspunkte

2. Räumliche Anforderungen für die NIP der unterschiedlichen Kategorien

2.1. NIP A

Der NIP A ist der größte der geplanten NIP und benötigt daher auch am meisten Fläche. Dem Angebot entsprechend soll als Richtwert hierfür die Größe einer Schule (mindestens Grundschule) genommen werden. Die Möglichkeit der Einspeisung mit einem Notstromaggregat muss gegeben sein. Sofern diese noch nicht vorhanden ist, trägt der Kreis Plön die Kosten für eine entsprechende Ertüchtigung.

2.2. NIP B

Der NIP B ist der mittlere der geplanten NIP. Da hier Geräte medizinischer und nicht medizinischer Art geladen werden sollen, wird entsprechender Platz für die Ladung der Geräte benötigt. Hier werden zwei Räume, sowie ein Empfangsbereich (es genügt, wenn dieser einfach herzurichten ist, dieser muss nicht baulich vorhanden sein) und ein Lagerraum benötigt. Es ist derzeit beabsichtigt, zu ladende Geräte in Empfang zu nehmen und im Anschluss wieder herauszugeben. Weitergehender Zutritt soll nicht gewährt werden. Eine Möglichkeit zur Einspeisung des Gebäudes mit Notstrom ist nicht zwingend erforderlich, eine Nachrüstung würde durch den Kreis Plön entsprechend nicht übernommen werden.

2.3. NIP C

Der NIP C ist der kleinste der geplanten NIP. Die elementare Funktion dieses NIP ist, dass Notrufe abgesetzt werden können und die Bürger/-innen die Möglichkeit haben, sich zur aktuellen Lage zu informieren. Hier wird ein Raum sowie ein Lagerraum benötigt.

Leitfaden Anforderungen an Notfallinformationspunkte

3. Ausstattung der NIP in den unterschiedlichen Kategorien

3.1. NIP A

Der NIP A soll in einem Gebäude eingerichtet werden, welches über die Möglichkeit zur externen Notstromeinspeisung verfügt, sofern keine vorhanden ist, kann diese durch den Kreis Plön nachgerüstet werden. Die externe Einspeisung mit Notstrom erfolgt durch eine Netzersatzanlage mit einer Leistung von 100 kVA.

Hierfür wurde die Größe einer Schule (mindestens Grundschule) gewählt, weil in diesem NIP das umfangreichste Hilfsangebot vorhanden sein soll. Durch die Größe einer Schule soll es hier die Möglichkeit geben, verschiedene Behandlungszimmer einzurichten. Außerdem können gesonderte Räume dafür genutzt werden, um auch hier medizinische Geräte zu laden.

In der weiteren Ausstattung soll sich hier eine Satellitenkommunikationsmöglichkeit und eine Funkstelle wiederfinden. In Bezug auf die personelle Besetzung ist eine BOS-Funkqualifikation an dieser Stelle ausreichend, es muss keine BOS-Funkberechtigung vorhanden sein. Eine Einweisung durch Kamerad/-innen der Freiwilligen Feuerwehren in die Funk-Netiquette ist ausreichend.

3.2. NIP B

Der NIP benötigt keine Möglichkeit der Notstromeinspeisung in das Gebäude. Hier soll mit einer mittleren NEA direkt die Möglichkeit geschaffen werden, vorzugsweise medizinische Geräte zu laden. Bei der Nutzung einer NEA mit einer Stärke von 34 kVA können pro NIP B ca. 60 medizinische Geräte gleichzeitig geladen werden, was zusammengerechnet für das Kreisgebiet eine gleichzeitige Lademöglichkeit von ca. 660 medizinischen Geräten ergibt. Für die Ladung eines Mobiltelefons wird weniger Leistung benötigt, hiervon könnten entsprechend mehr Geräte gleichzeitig geladen werden. Die notwendige Infrastruktur mit Stromverteiltern bzw. Mehrfachsteckdosen wird beschafft, um die Geräte an einer haushaltsüblichen 230V Steckdose anschließen zu können.

Leitfaden Anforderungen an Notfallinformationspunkte

3.3. NIP C

Für den NIP C wurde als Standard eine kleine NEA (Diesel) festgesetzt mit einer Mindeststärke von 8 kVA. Durch den Einsatz einer kleineren Netzersatzanlage ist eine kostengünstigere Ausstattung des NIP C möglich. Auch der Transport wird so erleichtert. Hier soll zumindest eine Funkmöglichkeit vorhanden sein, was durch ein einfaches HRT (Handfunkgerät) erfüllt wäre. Eine Satellitenkommunikationsmöglichkeit ist überaus wünschenswert, aber nicht zwingend erforderlich. Aufgrund der geringen räumlichen Anforderung an den kleinsten NIP soll es weiter eine Bank (Mindeststandard sog. „Bierzeltgarnitur“) für wartende Personen geben. Außerdem soll hier mittels eines schwarzen Brettes die Möglichkeit gegeben werden, Angebote im „Suche/Biete“-Stil anzubringen. So soll es möglich sein, dass Spontanhelfende mit Hilfeersuchenden direkt kommunizieren können, damit eine Koordination durch die Kommune entbehrlich ist.

4. Geplante Stationierung der NIP in den unterschiedlichen Kategorien

4.1. NIP A (6 Stk.)

Heikendorf	→	Heinrich-Heine-Schule
Preetz	→	Friedrich-Schiller-Gymnasium
Lütjenburg	→	Gymnasium Lütjenburg
Plön	→	Berufsbildungszentrum Plön
Schwentinental OT Klausdorf	→	n.n.
Wankendorf	→	n.n.

4.2. NIP B (11 Stk.)

Schönberg	→	n.n.
Schönkirchen	→	n.n.
Dannau	→	n.n.
Schwentinental OT Raisdorf	→	n.n.
Stolpe	→	n.n.
Ascheberg	→	n.n.
Hohenfelde	→	n.n.
Blekendorf	→	n.n.
Kirchbarkau	→	n.n.
Grebin	→	n.n.
Schellhorn	→	n.n.

Leitfaden Anforderungen an Notfallinformationspunkte

4.3. NIP C (23 Stk.)

Amt Schrevenborn	→	2 Stk.
Amt Probstei	→	1 Stk.
Amt Lütjenburg	→	4 Stk.
Amt Preetz-Land	→	4 Stk.
Amt Großer Plöner See	→	2 Stk.
Amt Selent-Schlesen	→	2 Stk.
Amt Bokhorst Wankendorf	→	1 Stk.
Stadt Schwentinental	→	1 Stk.
Stadt Lütjenburg	→	1 Stk.
Stadt Preetz	→	1 Stk.
Stadt Plön, Gemeinde Bösdorf	→	2 Stk.
Gemeinde Ascheberg	→	1 Stk.
Gemeinde Bönebüttel	→	1 Stk.

Einwohnerzahl im Kreis Plön (Stand: 24.01.2024): 131.422

verteilen sich wie folgt:

- Amt Schrevenborn: 19.714
- Amt Probstei: 22.550
- Amt Lütjenburg: 10.100
- Amt Preetz–Land: 9.336
- Amt Großer Plöner See: 4.704
- Amt Selent-Schlesen: 6.049
- Amt Bokhorst Wankendorf: 8.058
- Stadt Schwentinental: 13.993
- Stadt Lütjenburg: 5.433
- Stadt Preetz: 16.024
- Stadt Plön: 8.957
- Gemeinde Ascheberg: 3.065
- Gemeinde Bönebüttel: 2.103
- Gemeinde Bösdorf: 1.336

Rahmenempfehlung für die Einrichtung von Notfallinfopunkten

Deutschlands Energieversorgung ist eine der sichersten der Welt. Gleichwohl können beispielsweise durch Großbrände, Cyberattacken, Unfälle oder Naturkatastrophen verursachte großflächige und länger andauernde Stromausfälle nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden.

In solchen Fällen werden viele Bürgerinnen und Bürger sich nach einem möglichen Ausfall von Internet, Mobil- und Festnetztelefonie, Fernsehen und nicht batteriebetriebenen Radios mindestens auf die Suche nach Informationen machen. Andere benötigen Hilfe oder wollen Hilfe anbieten. In Notsituationen bleiben die Menschen auf die Möglichkeit einer Alarmierung von Rettungskräften, Feuerwehr oder Polizei angewiesen.

Dafür – und auch in denkbaren andere Lagen – werden die Menschen nach lokalen Anlaufpunkten suchen, um dort Informationen und / oder Hilfe zu erhalten. Der Empfehlung der Konferenz der Innenministerinnen und –Minister folgend, werden solche Anlaufpunkte in Schleswig-Holstein in dieser Rahmenempfehlung als „Notfallinfopunkte“ bezeichnet.

Ein Notfallinformationspunkt ist ein öffentlich zugänglicher und bekannter Ort, von dem in Ausnahmefällen Notfallmeldungen von Bürgern an die Leitstelle (Ersatz für die Notrufnummern 110 / 112) weitergegeben werden können. Diese Stelle soll rudimentäre Informationen über die Gesamtlage an die Bevölkerung ausgeben. Die Einrichtung der Notfall-Infopunkte in den Städten und Gemeinden ist so anzustreben, dass eine flächendeckende Erreichbarkeit i.d.R. innerhalb einer der örtlichen Gegebenheit entsprechend zumutbaren Strecke bzw. Zeit gegeben ist. Dies wird in Flächengemeinden durch zentral gelegene Gebäude und in Städten durch eine örtlich geeignete Aufteilung einer hinreichenden Anzahl von Notfallinfopunkten erreicht. Insbesondere in Flächenlandkreisen können zentral gelegene ständig besetzte Notfallinfopunkte durch entweder zeitweise besetzte (mobile) Infostellen oder unbesetzte Aushang- und Infostellen ergänzt werden.

Im Bewusstsein, dass solche Anlaufpunkte in unseren Städten und Gemeinden den Menschen am Besten im Vorfeld bekannt sein sollten, wurden diese in vielen Gemeinden bereits eingerichtet. Die Gemeinden sind gleichwohl frei in ihrer Entscheidung, ob und wenn ja wo und in welcher Form Notfallinfopunkte eingerichtet werden.

Diese im Arbeitskreis Katastrophenschutz der Kreise und Kreisfreien Städte abgestimmte Rahmenempfehlung hat das Ziel, für solche Anlaufpunkte in Schleswig-Holstein eine landeseinheitliche Bezeichnung vorzuschlagen sowie Mindest- und sinnvolle ergänzende Ausstattungen zu beschreiben. Darüber hinaus wird eine weitgehend landes- und bundeseinheitliche Öffentlichkeitsarbeit und Beschilderung angestrebt. Die Kommunen in Schleswig-Holstein haben sich bereits auf eine einheitliche Beschilderung verständigt und diese in Teilen bereits eingeführt und in der Bevölkerung bekannt gemacht. Mit dem „Abschlussbericht der bundländeroffenen Arbeitsgruppe KatS-Leuchttürme des Ausschusses für Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophen-

schutz und zivile Verteidigung“ wird eine abweichende bundeseinheitliche Beschilderung vorgeschlagen, die auch über eine bundesweite Werbekampagne bekannt gemacht werden soll. Sollte sich dieser Vorschlag für eine bundeseinheitliche Beschilderung im Rahmen der Innenministerkonferenz durchsetzen, dann ist Schleswig-Holstein als Tourismusstandort gut beraten, diese Variante mit aufzugreifen. Um einen Bruch in der Wahrnehmung der Menschen zu vermeiden wird empfohlen, nach der Verständigung über eine bundeseinheitliche Variante diese ergänzend zur schleswig-holsteinischen Beschilderung anzubringen.

<p>Beschilderung in Schleswig-Holstein (Bislang in drei Kreisen eingeführt):</p> 	<p>Derzeitiger Entwurfsstand des BLOAG (Basierend auf dem internationalen Zivilschutzzeichen mit ergänzenden Symbolen):</p> 
--	--

1. Aufgaben und Anforderungen der Notfallinfopunkte

1.1 Mindestanforderungen:

- Durchgängige Besetzung (24 / 7) durch die Gemeinde oder Stadt, in welcher der Notfallinfopunkt liegt
- Entgegennahme mündlicher Notfallmeldungen und Weiterleitung an die Leitstellen (112 und 110) über Digitalfunk BOS durch berechtigtes und qualifiziertes Personal
- Barrierefreie Erreichbarkeit
- Dauerhafte Beschilderung
- Sicherstellung des dauerhaften Funkbetriebes
- Mündliche Weitergabe verfügbarer Informationen und Handlungsempfehlungen der Behörden an Informationssuchende
- Sicherstellung einer dauerhaften minimalen Beleuchtung, z. B. Mehrzweckfahrzeug mit Besatzung als mobile Lösung oder eine Räumlichkeit mit Akku-Beleuchtung und Handfunkgerät als stationäre Lösung

1.2 Im Zusammenhang mit den Notfallinfopunkten stehenden Anforderungen und Mindestausstattungen:

Als Gesamtmaßnahmen für die Ausstattung eines Notfallinfopunktes sind zu sehen:

- Beschilderungen
- an die Notstromversorgung angepasstes Material zur Stromverteilung (Kabelroller, Mehrfachsteckdosen, Ladekabel, Ladegeräte)
- Öffentlichkeitsarbeit (Flugblätter, Internet, Social Media, Kartenmaterial)
- Kennzeichnungswesten für eingesetzte Kräfte, die nicht mit den Westen der Feuerwehren und des Rettungsdienstes kollidieren
- Schreibmaterial (Klemmbrett, Schreibblöcke, Kugelschreiber)
- Möglichkeiten zur Informationsvermittlung (Whiteboard, Flipchart, Megafon, batteriebetriebener oder notstromversorgter Lautsprecher)
- Taschenlampen und / oder notstrom- bzw. akkubetriebene Notbeleuchtung
- Batterie- / notstrom- oder akkubetriebenes Radio
- Erste-Hilfe-Material
- Aluminium-Transportkisten für das entsprechende Material
- Hygienematerial

Investive Maßnahmen:

- Notstromaggregate
- Digitalfunkgerät aus dem Bestand einer Behörde oder Organisation mit Sicherheitsaufgaben (BOS)
- Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten (Festzeltgarnituren, Bänke, Tische)

1.3 Weitere mögliche Leistungen:

- Anlaufpunkt für Spontanhelfende
- Organisation von Hilfsmaßnahmen für auf Unterstützung angewiesene Personen
- Erste-Hilfe-Maßnahmen
- Ausgabestelle für Trinkwasser und/oder Lebensmittel
- Bereitstellung von Notfallstromversorgung für Menschen, die zwingend auf Stromversorgung angewiesen sind (Heimbeatmung und Heimdialyse)
- Möglichkeit zur Erwärmung von Babynahrung

1.4 Im Fall eines Ausbaus mögliche Ergänzungen:

- Versorgung der Räumlichkeiten mit Notstrom, dann weithin sichtbare Ausleuchtung des Treffpunktes
- Möglichkeit von wärmenden Kurzaufenthalten
- Dauerhafte Bereitstellung von – ggfs. zubereiteter – Nahrung und Getränken
- Sofern verfügbar W-LAN
- Psychosoziale Betreuung

2. Rahmenbedingungen durch die Standortgemeinden

Die Standortgemeinden sind frei in ihrer Entscheidung, ob und wenn ja wo und in welcher Form Notfallinfopunkte eingerichtet werden. Für den Fall einer Einrichtung sollten nach Möglichkeit folgende Rahmenbedingungen berücksichtigt werden:

In die Verfügbarkeit von Notfallinfopunkten erfordernden Lagen werden Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit voll ausgelastet sein. Damit diese sich auf ihre Arbeit konzentrieren können, sollten soweit möglich weder Räume noch technische Ausrüstung von Katastrophenschutz, Rettungsdiensten und Feuerwehren in Anspruch genommen werden. Eine Ausnahme bildet das Digitalfunkgerät, welches bei einer Behörde oder Organisation mit Sicherheitsaufgaben verwahrt werden muss und auch nur von dieser betrieben werden darf.

2.1 Standort:

Bei der Vorplanung von Standorten ist darauf zu achten, dass diese für die Menschen nach Möglichkeit zentral gelegen sein sollten. Darüber hinaus sollten sie nicht in potentiell (beispielsweise durch Überflutungen) gefährdeten Gebieten vorgeplant werden.

Als zusätzliche Standorte können beispielsweise dienen:

- Schulgebäude
- Sport-, Mehrzweck- und Veranstaltungshallen
- Gemeindehäuser / Rathäuser
- Markttreffs

2.2 Standortanforderungen:

- Wenn möglich sollte auf notstromversorgte Gebäude zurückgegriffen werden, ggfs. sind Vorplanungen für den Einsatz mobiler Anlagen zu treffen
- Ein geregelter und nach Möglichkeit barrierefreier Zugang zum Gebäude sollte sichergestellt werden können
- In Gebäudenähe sollten ausreichend Parkflächen zur Verfügung stehen
- Am Gebäude sollte eine ausreichend große Freifläche für wartende Personen vorhanden sein. Ggfs. kann ein Personenlenkonzept vorgeplant werden
- In unmittelbarer Gebäudenähe sollten ausreichend große Aufstellflächen für ggfs. notwendige Einsatzfahrzeuge und Einsatzmittel zur Verfügung stehen
- Auf jederzeit freibleibende An- und Abfahrtswege sollte geachtet werden

2.3 Sicherstellung von Ordnung und Sicherheit

- Die Vorplanung und Leitung der Notfallinfopunkte sollte durch die jeweilige Gemeinde erfolgen. Dabei sind Unterstellungs- und weitere Rechtsverhältnisse zu regeln
- Lageabhängig sollten zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in und um den Notfallinfopunkt Ordnungskräfte benannt werden. Diese sind dann in ihre Aufgaben, Rechte und Pflichten einzuweisen

3. Kosten

Im Fall einer Einrichtung von Notfallinfopunkten trägt die jeweilige Standortgemeinde die anfallenden Kosten. Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann das Land den unteren Katastrophenschutzbehörden zur Weitergabe an die Gemeinden Fördermittel für die Beschaffung von Material zur Umsetzung dieser Rahmenempfehlung zur Verfügung stellen.

